

Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 08.03.2016

(Stand: 04.03.2016)

I. Allgemeines

Der Einladung zur Ratssitzung sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Ausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen befinden sich in den Händen der Ratsmitglieder. Beratungsergebnisse und Erläuterungen zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage.

Vorlagen, die Themen enthalten, die in erster Lesung im Rat eingebracht werden, z. B. Fraktionsanträge oder Vorlagen, die eine geänderte Sachlage berücksichtigen, sowie sonstige Vorlagen, die keiner vorherigen Beratung in den Ausschüssen bedürfen, z. B. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse, sind der Tagesordnung als Anlagen beigelegt.

II. Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
Eine Erläuterung erübrigt sich.
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 15.12.2015 - öffentlicher Teil**
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 15.12.2015 – öffentlicher Teil – ist den Ratsmitgliedern zugegangen.
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 07.01.2016 - öffentlicher Teil**
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 07.01.2016 – öffentlicher Teil – ist den Ratsmitgliedern zugegangen.
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 15.12.2015 - öffentlicher Teil**
Vorlage: 0044/2016
Die Vorlage ist beigelegt.
- 5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 07.01.2016 - öffentlicher Teil**
Vorlage: 0039/2016
Die Vorlage ist beigelegt.
- 6 Mitteilungen des Bürgermeisters**
Eventuelle Mitteilungen wird Herr Bürgermeister Urbach mündlich bekannt geben.
- 7 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2015**
Vorlage: 0080/2016
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 03.03.2016 die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.
- 8 Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2015 in das Haushaltsjahr**

2016 im Kernhaushalt

Vorlage: 0084/2016

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 03.03.2016 mehrheitlich gegen DIE LINKE. bei zwei Enthaltungen aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2015 in das Haushaltsjahr 2016 im Kernhaushalt entsprechend der Anlage 1 (investiv) und Anlage 2 (konsumtiv) zur Vorlage wird zugestimmt.

9 Übertragung von Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2015 in das Wirtschaftsjahr 2016 für den Immobilienbetrieb, den Abfallwirtschaftsbetrieb und das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach

Vorlage: 0073/2016

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 23.02.2016 mehrheitlich gegen DIE LINKE. beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1.

Die Übertragung der aus Anlage 1 zur Vorlage ersichtlichen Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2015 in das Wirtschaftsjahr 2016 für den Immobilienbetrieb wird beschlossen.

2.

Die Übertragung der aus Anlage 2 zur Vorlage ersichtlichen Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2015 in das Wirtschaftsjahr 2016 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wird beschlossen.

3.

Die Übertragung der aus Anlage 3 zur Vorlage ersichtlichen Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2015 in das Wirtschaftsjahr 2016 für das Abwasserwerk wird beschlossen.

10 Wirtschaftsplan 2016 der GL Service gGmbH

Vorlage: 0585/2015

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 03.03.2016 mehrheitlich gegen DIE LINKE. beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH (GL Service) stellte, vorbehaltlich eines Weisungsbeschlusses des Rates, am 21.12.2015 den Wirtschaftsplan 2016 der GL Service nach § 10 Nr. 1 a) des Gesellschaftsvertrages fest. Der von der Gesellschafterversammlung getroffene Beschluss wird wie folgt gebilligt:

Der Wirtschaftsplan 2016 der GL Service wird festgestellt und eine entsprechende Weisung i.S. § 113 Absatz 1 GO NRW erteilt.

11 1. Nachtragssatzung zur Hebesatzung der Stadt Bergisch Gladbach

Vorlage: 0086/2016

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 03.03.2016 mehrheitlich gegen DIE LINKE. bei Enthaltung der ALFA beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die 1. Nachtragssatzung zur Hebesatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird gemäß dem der Vorlage als Anlage beiliegenden Entwurf beschlossen.

- 12 **I. Nachtragssatzung zur „Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst der Stadt Bergisch Gladbach“**
Vorlage: 0063/2016
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 03.03.2016 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:
Die I. Nachtragssatzung zur „Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst der Stadt Bergisch Gladbach“ wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.
- 13 **Ausschreibung der Stelle VV-II-5 einer/eines Technischen Beigeordneten**
Vorlage: 0082/2016
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 03.03.2016 einstimmig bei Enthaltung der FDP beschlossen, auf die Abgabe einer Beschlussempfehlung an den Rat zu verzichten.
- 14 **Bestellung einer Leitung des Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen der Wiederbesetzung der Stelle 14-96 - Leitung des Rechnungsprüfungsamtes**
Vorlage: 0529/2015
(Vorlage aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 08.12.2015; bei der Anlage 2 (Werdegang) zur Vorlage handelt es sich um eine nicht öffentliche Sitzungsunterlage)
Die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses am 08.12.2015 und des Haupt- und Finanzausschusses am 10.12.2015 wurden den Ratsmitgliedern mit der Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung der Sitzung des Rates am 15.12.2015 bekannt gegeben. Die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des Rates am 15.12.2015 und 07.01.2016 liegen den Ratsmitgliedern mit den Niederschriften über diese Sitzungen ebenfalls vor.
- 15 **Anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag 31.12.2015**
Vorlage: 0076/2016
Die Vorlage ist beigefügt.
- 16 **Einwohnerfragestunde**
Vorlage: 0033/2016
Die Vorlage ist beigefügt.
- 17 **Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen**
Vorlage: 0062/2016
Die Vorlage ist beigefügt.
- 18 **Freihandelsabkommen auf europäischer Ebene**
Vorlage: 0445/2015
(Vorlage aus der Sitzung des Rates am 03.11.2015)
In der Sitzung des Rates am 03.11.2015 wurde ein Vertagungsantrag mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen.
- 19 **Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit**
Vorlage: 0049/2016
Die Vorlage ist beigefügt.

(Hinweis zum bisherigen Beratungsverlauf zu der Vorlage Nr. 0213/2015:

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat zu der Vorlage Nr. 0213/2015 in der Sitzung am 27.10.2015 mehrheitlich gegen die Stimme des von der ehem. AfD-Fraktion benannten Ausschussmitgliedes und gegen vier Stimmen aus den Reihen der CDU bei Enthaltung der FDP und drei Enthaltungen aus den Reihen der CDU beschlossen, der Empfehlung des Integrationsrates zu folgen und dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bittet die Verfassungskommission des Landtags, bei ihren Beratungen das Thema „Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten“ einzubeziehen und dem Landtag einen Vorschlag zur Änderung der Landesverfassung vorzulegen, der es ermöglicht, bis zur Kommunalwahl 2020 allen auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene einzuräumen. Der Bürgermeister und die Mitglieder des Rates der Stadt werden gebeten, sich landesweit in allen relevanten Gremien (z.B. den kommunalen Spitzenverbänden) für die Einführung des kommunalen Wahlrechts einzusetzen.

In der Sitzung des Rates am 03.11.2015 wurde ein Vertagungsantrag zur Vorlage Nr. 0213/2015 einstimmig bei Enthaltung der ALFA-Fraktion beschlossen.)

20 **Bebauungsplan Nr. 2331 - Dorfplatz Heidkamp - Teilaufhebung**
- Beschluss der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung

Vorlage: 0016/2016

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 16.02.2016 in separater Beschlussfassung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages der Vorlage jeweils einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlungen zu geben:

I.

Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 2331 – Dorfplatz Heidkamp – Teilaufhebung vorgebrachten Anregungen der Einwender

- B 1 wird nicht entsprochen,
- B 2 wird nicht entsprochen,
- B 3 wird nicht entsprochen,
- B 4 wird nicht entsprochen,
- B 5 wird nicht entsprochen,
- B 6 wird nicht entsprochen,
- B 7 wird nicht entsprochen,
- B 8 wird nicht entsprochen,
- B 9 wird nicht entsprochen,
- B 10 wird nicht entsprochen,
- B 11 wird nicht entsprochen,
- T 1 Rheinisch-Bergischer Kreis wird entsprochen.

II.

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB und der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NRW den Bebauungsplan Nr. 2331 – Dorfplatz Heidkamp – Teilaufhebung als Satzung und die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB dazu.

- 21 **Bebauungsplan Nr. 5511 - Platzer Höhenweg**
- **Beschluss der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**
- **Beschluss der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage**
- **Beschluss der Stellungnahmen aus der 2. Offenlage**
- **Beschluss über den städtebaulichen Vertrag**
- **Beschluss als Satzung**

Vorlage: 0053/2016

(Bei der Anlage 6 (Städtebaulicher Vertrag) zur Vorlage handelt es sich um eine nicht öffentliche Sitzungsunterlage.)

Die Vorlage ist beigefügt. Sie setzt sich zusammen aus den Vorlagen Nr. 0330/2015 und Nr. 0020/2016, die in den Sitzungen des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 24.09.2015 und 16.02.2016 beraten wurden.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 24.09.2015 in separater Beschlussfassung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages der Vorlage Nr. 0330/2015 jeweils mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. folgende Beschlüsse gefasst:

I.

Den im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung des Bebauungsplans (BP) Nr. 5511 – Platzer Höhenweg – vorgetragenen Anregungen der Einwender

- B1 wird teilweise entsprochen.
- B2 wird teilweise entsprochen.
- B3 wird teilweise entsprochen.
- B4 wird entsprochen.
- B5 wird teilweise entsprochen.
- B6 wird teilweise entsprochen.
- B7 wird teilweise entsprochen.
- B8 wird teilweise entsprochen.
- B9 wird teilweise entsprochen.
- B10 wird teilweise entsprochen.
- B11 wird nicht entsprochen.
- B13 wird entsprochen.
- B14 wird teilweise entsprochen.
- B15 wird teilweise entsprochen.
- B16 wird teilweise entsprochen.
- B17 wird nicht entsprochen.
- B18 wird teilweise entsprochen.
- B19 wird nicht entsprochen.
- B20 wird entsprochen.
- T1 wird entsprochen.
- T2 wird entsprochen.
- T3 wird teilweise entsprochen.
- T4 wird teilweise entsprochen.
- T5 wird entsprochen.
- T6 wird entsprochen.
- T7 wird entsprochen.
- T8 wird entsprochen.

II.

Den im Rahmen der 1. Öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans (BP) Nr. 5511 – Platzer Höhenweg – vorgetragenen Anregungen der Einwender

B1 wird teilweise entsprochen.
T1 wird entsprochen.
T2 wird entsprochen.
T3 wird teilweise entsprochen.
T4 wird entsprochen.

III.

Der Bebauungsplan (BP) Nr. 5511 – Platzler Höhenweg – ist mit den nach der 1. öffentlichen Auslegung erfolgten Änderungen unter Beifügung der Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gem. § 4a Abs. 3 BauGB erneut öffentlich auszulegen. Die Dauer der Auslegung wird auf 14 Tage verkürzt.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 16.02.2016 in separater Beschlussfassung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages der Vorlage Nr. 0020/2016 jeweils mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlungen zu geben:

I.

Den im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans (BP) Nr. 5511 - Platzler Höhenweg - vorgetragenen Anregungen der Einwender:

T 1 Geologischer Dienst NRW wird nicht entsprochen.

T 2 Rheinisch Bergischer Kreis, Abt. 67, Planung und Landschaftsschutz wird teilweise entsprochen.

II.

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, den städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan (BP) Nr. 5511 -Platzler Höhenweg - in der vorliegenden Fassung abzuschließen.

III.

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NRW den Bebauungsplan (BP) Nr. 5511 - Platzler Höhenweg - als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.

22 Wahl eines Mitglieds des Inklusionsbeirates - Beirat für Menschen mit Behinderung Vorlage: 0593/2015

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 18.02.2016 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach wählt Herrn Peter Lücking als ordentliches Mitglied in den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 03.03.2016 einstimmig dieser Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

23 Entsendung eines Integrationsratsmitglieds in den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann Vorlage: 0027/2016

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 18.02.2016 auf entsprechenden Vorschlag des Integrationsrates einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Das Mitglied des Integrationsrates Herr Bülent Iyilik wird als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann entsandt.

24 Entsendung von Integrationsratsmitgliedern in Ausschüsse

Vorlage: 0473/2015

(Vorlage aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 26.11.2015)

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 26.11.2015 wurde ein Vertagungsantrag einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. beschlossen.

In der Sitzung am 18.02.2016 hat der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann über die einzelnen Ziffern der Beschlussempfehlung des Integrationsrates separat Beschluss gefasst.

Für Ziffer 1. der Beschlussempfehlung des Integrationsrates, das Mitglied des Integrationsrates Herrn Martin Panzer als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr zu entsenden, stimmte DIE LINKE. (eine Ja-Stimme), das von der ehem. AfD-Fraktion benannte Ausschussmitglied stimmte gegen Ziffer 1. der Beschlussempfehlung (eine Nein-Stimme). Die übrigen Ausschussmitglieder enthielten sich der Stimme. Bei Stimmengleichheit gilt ein Vorschlag als abgelehnt. Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann empfiehlt dem Rat damit bei Stimmengleichheit, Ziffer 1. der Beschlussempfehlung des Integrationsrates („1. Das Mitglied des Integrationsrates Herr Martin Panzer wird als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr entsandt.“) abzulehnen.

Sodann beschloss der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann einstimmig bei Enthaltung des von der ehem. AfD-Fraktion benannten Ausschussmitgliedes, dem Rat zu Ziffer 2. der Beschlussempfehlung des Integrationsrates folgende Beschlussempfehlung zu geben:

2.

Das Mitglied des Integrationsrates Herr Saim Basyigit wird als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss entsandt.

25 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

25.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 15.02.2016 (eingegangen am 15.02.2016) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen

Vorlage: 0087/2016

Die Vorlage ist beigelegt.

25.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 22.02.2016 (eingegangen am 22.02.2016) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen und Mitgliedschaften

Vorlage: 0099/2016

Die Vorlage ist beigelegt.

26 Anträge der Fraktionen

26.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Einrichtung einer Dauerausstellung „NS-Zeit in Bergisch Gladbach“ und Entfernung der Bildnisse der Bürgermeister dieses Zeitraumes aus dem Bensberger Rathaus Zimmer 111

Vorlage: 0079/2016

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 02.03.2016 mehrheitlich gegen DIE LINKE. beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. wird in der vorgeschlagenen Form nicht entsprochen. Stattdessen sollen an ausgewählten, mit der NS-Geschichte in Bergisch Gladbach verbundenen Orten historische Erläuterungen über QR-Code abrufbar gemacht werden. Zu diesen Orten sollen unter anderem der Ort des ehemaligen Stellawerks und der Charly-Vollmann-Platz gehören. Auch zu den Bürgermeisterbildern im Bensberger Rathaus, die am bisherigen Ort verbleiben sollen, sollen vor Ort erläuternde Informationen verfügbar gemacht werden. Das Stadtarchiv soll entsprechende Erläuterungstexte entwerfen.

26.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 22.02.2016 (eingegangen am 22.02.2016) zur Organisation einer Initiative zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Vorlage: 0097/2016

Die Vorlage ist beigefügt.

26.3 Antrag der ALFA-Fraktion vom 22.02.2016 (eingegangen am 22.02.2016) zur Unterstützung der Vorgehensweise des Bürgermeisters hinsichtlich der Mitteilung an die Bezirksregierung Arnsberg zu Flüchtlingskapazitäten

Vorlage: 0098/2016

Die Vorlage ist beigefügt.

27 Anfragen der Ratsmitglieder

27.1 Schriftliche Anfragen

27.1.1 Schriftliche Anfragen des Herrn Samirae vom 16.02.2016 (eingegangen am 16.02.2016) und 29.02.2016 (eingegangen am 29.02.2016) zur Straße Unterasselborn
Vorlagen: 0089/2016 und 0089/2016/1

Die Vorlagen sind beigefügt.

27.2 Mündliche Anfragen

Eine Erläuterung erübrigt sich.

Anlage 3

Bürgerpartei GL
Frank Samirae, MdR
Fraktion Die Linke
Thomas Klein, MdR
Konrad Adenauer Platz 1
51465 Bergisch Gladbach



Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
Lutz Urbach

per Telefax: 02202 14702809

**Entsendung von Integrationsratsmitgliedern in Ausschüsse
Antrag zu Tagesordnungspunkt 24
Sitzung des Rates am 08.03.2016**

29. Feb. 2016

Stadt Bergisch Gladbach
FB 1-14
Kommunalverfassung
- Ratsbüro
TW

Montag, 29. Februar 2016

Sehr geehrter Herr Urbach,

wir beantragen die Entsendung des Integrationsratsmitgliedes Martin Panzer in den Ausschuss AUIKV.

Begründung: Der Integrationsrat hat in eigener Sitzung am 19. November 2015 einstimmig beschlossen Herrn Panzer als beratendes Mitglied in den AUIKV zu entsenden. Bei der formellen Beschlussfassung im ASWDG haben sich alle Parteien außer der Linken und AfD enthalten. Die Entsendung des Herrn Panzer ist bei einer Gegenstimme der AfD nicht wie vom Integrationsrat gewollt durchgeführt worden. Es wird daher beantragt im Rat eine Beschlussfassung herbeizuführen, die dem Willen des Integrationsrates entspricht. Denn es ist usus in diesem Rat die Beschlüsse der Beiräte hinsichtlich der Entsendung von Mitgliedern zu respektieren. Es wird auch für die Umbesetzung von Sachkundigen Bürgern in gleicher Weise zustimmend für alle Fraktionen verfahren.

Wir beantragen geheime Abstimmung.

Frank Samirae

Thomas Klein

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
17.02.2016
Ausschusshilfe oder Fachbereich
Zentraler Dienst 5-10
Schriftführung
Hans-Jörg Feßler
Telefon-Nr.
02202-142865

Niederschrift

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Donnerstag, 19.11.2015

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:07 Uhr - 18:58 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Mitglieder des Integrationsrates, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Integrationsrates am 20.10.2015**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 20.10.2015
0488/2015**
- 4 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 6 Aktuelle Situation der Flüchtlinge - mündliche Berichterstattung
- 7 Entsendung von Integrationsratsmitgliedern in Ausschüsse
0473/2015
- 8 Arbeitskreise/Arbeitsgruppen im Integrationsrat
(mündlicher Sachstandsbericht der jeweils Verantwortlichen)
- 9 Budget des Integrationsrates
0489/2015
- 10 Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes: Weiterführung des "Ex-Azubitreff" durch die GL Service gGmbH
0471/2015
- 11 Fortführung der Mädchen- und Frauengruppe "Power-Frauen" der Initiative 180°-Wende
0482/2015
- 12 Anträge der Fraktionen
- 12.1 Antrag des Integrationsratsmitglieds Frank Samirae vom 05.10.2015 "Schwimmunterricht für Flüchtlinge"
Vorlage: 0413/2015 (Bitte bringen Sie die Vorlage aus der letzten Sitzung mit.)
- 12.2 Antrag der "Demokratischen Liste" vom 05.10.2015 zur Erstellung eines Sachstandsberichtes und Fraghogens zum Thema "Diversity Management"
Vorlage: 0430/2015 (Bitte bringen Sie die Vorlage aus der letzten Sitzung mit.)
- 13 Anfragen der Mitglieder
- 14 Verschiedenes

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Mitglieder des Integrationsrates, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der erste stellvertretende Vorsitzende Herr Bartoszewicz eröffnet die achte Sitzung des Integrationsrates und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung fest. Die fehlenden Mitglieder ergeben sich aus der Teilnehmerliste (*Anlage 1*).

Da Frau Münzer die Sitzung um 18.30 Uhr verlassen muss, werden nach TOP Ö 2 die Tagesordnungspunkte Ö 7 bis Ö 12.2 beraten. Diese Änderung der Tagesordnung wird mehrheitlich gegen zwei Stimmen beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Integrationsrates am 20.10.2015

Die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 20.10.2015 wird einstimmig genehmigt.

7. Entsendung von Integrationsratsmitgliedern in Ausschüsse 0473/2015

Herr Samirae schlägt als beratendes Mitglied für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr Herrn Panzer vor. Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschlussvorschlag: (einstimmig bei sechs Ja-Stimmen und vier Enthaltungen)

1. Das Mitglied des Integrationsrates Martin Panzer wird als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr entsandt.

Herr Panzer nimmt nach seinem Eintreffen die Wahl an.

Als stellvertretendes beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses werden Herr Krasniqi, Herr Samirae, Herr Basyigit und Herr Cromme vorgeschlagen. Herr Krasniqi kandidiert nicht, da er bereits stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses ist. Herr Cromme verzichtet auf eine Wahl, da er „nur“ stellvertretendes Mitglied des Integrationsrates ist. Frau Schlich sagt aber zu zu prüfen, ob ein stellvertretendes Mitglied des Integrationsrats in einen Ausschuss entsandt werden kann. Das Ergebnis der Prüfung würde in der nächsten Sitzung des Integrationsrats mitgeteilt.

Sodann lässt Herr Bartoszewicz über die Vorschläge abstimmen:

- Auf Herrn Samirae entfallen zwei Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen.
- Auf Herrn Basyigit entfallen sechs Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen.

Damit ergeht folgender

**Absender
Herr Samirae**

Drucksachen-Nr.

0089/2016/1

öffentlich

Anfrage

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Herr Samirae**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 08.03.2016**

Tagesordnungspunkt Ö 27.1.1

Schriftliche Anfragen des Herrn Samirae vom 16.02.2016 (eingegangen am 16.02.2016) und 29.02.2016 (eingegangen am 29.02.2016) zur Straße Unterasselborn

Inhalt:

Mit Schreiben vom 16.02.2016 (eingegangen am 16.02.2016) stellt Herr Samirae schriftliche Anfragen zur Straße „Unterasselborn“ mit der Bitte um Beantwortung zur Sitzung des Rates am 08.03.2016 (Vorlage Nr. 0089/2016).

Mit Schreiben vom 29.02.2016 (eingegangen am 29.02.2016) stellt Herr Samirae weitere schriftliche Anfragen zur Straße „Unterasselborn“ mit der Bitte um Beantwortung zur Sitzung des Rates am 08.03.2016.

Die Schreiben Herrn Samiraes sind dieser Vorlage als Anlagen beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zum Schreiben Herrn Samiraes vom 16.02.2016 antwortete die Verwaltung mit der Vorlage Nr. 0089/2016 wie folgt:

Die Bezeichnung „Feld- oder Wirtschaftsweg“ stammt vom Gericht, um anschaulich zu machen, dass es sich um eine (völlig) untergeordnete Straße handelt. Tatsächlich handelt es sich um eine öffentliche Straße in der Baulast der Stadt Bergisch Gladbach, für die keine Einschränkung gilt - letztere ergibt sich jedoch aus der eingeschränkten Fahrbahnbreite, die dazu führt, dass schon ein PKW im Begegnungsfall mit einem landwirtschaftlichen Fahrzeug zurücksetzen muss. Eine solche Situation gibt es üblicherweise bei Wirtschaftswegen, weshalb ein Durchfahrtsverbot in der Regel nicht ausgesprochen werden muss, weil jeder Verkehrsteilnehmer diese Abwägung für sich treffen darf. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung außerhalb der Bebauung gibt es nicht, weil Verlauf und Breite der Straße jedem Autofahrer deutlich machen, dass ohnehin nur mit äußerster Vorsicht gefahren werden kann.

Die Fahrbahn von Unterasselborn, zwischen dem Ende der Bebauung und der L 289, ist zwischen 3,00 m und 3,50 m breit und besteht aus einer sog. „Spritzdecke“ auf einer Schotterpacklage. Der bituminöse Aufbau beträgt nur wenige cm, weshalb es im Winter zu Ausbrüchen und bei starker Sonneneinstrahlung im Sommer zu einem „Schmelzeffekt“ des Bitumens kommen kann. Neben der Fahrbahn befindet sich ein unbefestigtes Bankett, das auf der südlichen Seite in einen Straßengraben übergeht, während es an einigen Stellen auf der nördlichen Seite zum Ausweichen im Begegnungsverkehr genutzt werden kann.

Dieser Zustand war und ist der Verwaltung, hier dem Straßenbaulastträger, generell bekannt. Es gab zum Zeitpunkt des Unfalls keine Hinweise auf gefährliche Schäden (was bei dem unterstellten hohen (Durchgangs-)Verkehrsaufkommen zu erwarten gewesen wäre). Außerdem ist davon auszugehen, dass außer der routinemäßigen Kontrolle auch andere Fahrten von Bauhofsmitarbeitern (z.B. Mäharbeiten) erfolgten, bei denen Schäden aufgefallen und gemeldet bzw. beseitigt worden wären.

Eine Verbesserung der Straßenverhältnisse wäre nur durch einen Vollausbau zu erreichen, der aktuell nicht ansteht. Dann allerdings müssten ca. 50 bis 80 km vergleichbarer Straßen im Außenbereich ebenfalls neu ausgebaut werden.

Zum Schreiben Herrn Samiraes vom 29.02.2016 antwortet die Verwaltung wie folgt:

Zu Frage 1:

Zu diesem Zeitpunkt war die Straße gefahrlos zu befahren.

Zu Frage 2:

Schlaglöcher auf dem Straßenbankett waren nicht bekannt.

Zu Frage 3:

Die Schlaglöcher wurden beseitigt.

Zu Frage 4:

Wie bereits in der Beantwortung der ursprünglichen Anfrage (Vorlage Nr. 0089/2016) dargelegt, gibt es keine Geschwindigkeitsbegrenzung außerhalb der T30-Zone.

Zu Frage 5:

Es stand und steht dort kein Schild.

Zu Frage 6:

Viermal pro Jahr müssen Straßen dieser Kategorie überprüft werden.

Zu Frage 7:

In 2015 wurde die Straße 2x durch den Straßenbegeher überprüft und mehrmals durch den Bauhofleiter. In 2016 bislang 1x durch den Begeher.

Bürgerpartei GL
Frank Samirae
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

17. Feb. 2016
JE



**BÜRGER
PARTEI GL**

Stadt Bergisch Gladbach Einwurf Nachbriefkasten am: 16. Feb. 2016

Stadt Bergisch Gladbach
Bürgermeister Lutz Urbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Dienstag, 16. Februar 2016

Anfrage zur Straße Unterasselborn

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit kurzem hat die Stadt Bergisch Gladbach das wohl bekannteste Schlagloch Deutschlands. Es befindet bzw. befand sich auf dem sog. Straßenbankett der Straße Unterasselborn.

Hierzu bitte ich um Auskunft, **ob es sich bei der Straße Unterasselborn um einen Feldweg, Wirtschaftsweg oder eine normale Straße handelt.**

Per Definition werden Wirtschaftswege in Deutschland Feld-, Wald- oder Wasserwirtschaftswege bezeichnet. Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 18. November 1975 spricht man von Feld-, Wald-, Wiesen-, Weinbergs- und sonstigen Wirtschaftswegen unabhängig von der Wegbefestigung, wenn sie überwiegend land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienen und keine überörtliche Bedeutung haben.

Aufgrund der vorhandenen Bebauung und des täglichen Verkehrs auf dieser Straße ist nunmehr davon auszugehen, dass es sich um eine normale Straße handelt.

Wie ist der aktuelle Zustand dieser Straße. Mit welchem Belag ist die Straße ausgestattet? Welches Tempolimit gilt hier? Wie ist die Breite der Straße? Waren der Verwaltung, die in anliegender Presseberichterstattung erwähnten Schäden bekannt?

Ist eine Verbesserung der Straßenverhältnisse hier geplant?

Es wird um schriftliche Beantwortung zur Ratssitzung am 08.03.2016 gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Samirae, MdR

Anlage: Pressebericht vom 15.01.2016, Gala.de

Bürgerpartei GL
Frank Samirae
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach



**BÜRGER
PARTEI GL**

Stadt Bergisch Gladbach
Bürgermeister Lutz Urbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

29. Feb. 2016
Stadt Bergisch Gladbach
FB 1-14
Kommunalverfassung
- Ratsbüro

per Telefax: 02202 14702809

Montag, 29. Februar 2016

**Rückfrage zu Tagesordnungspunkt Ö 27.1.1
Ratssitzung am 08.03.2016
Straße Unterasselborn**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Urbach,

ich bitte im Detail mir noch folgende Punkte zu erläutern.

Wie war der Zustand der Straße Unterasselborn zum Zeitpunkt des überregional bekannt gewordenen Schlaglochschadens?

Waren die Schlaglöcher auf dem Straßenbankett der Stadtverwaltung bekannt bevor der berühmte Schlaglochscha den sich ereignet hat?

Sind die Schlaglöcher mittlerweile entfernt und die Straße instandgesetzt worden?

Ist es richtig dass die Geschwindigkeitsbegrenzung von vorher 30 km/h aufgehoben ist und auf der Straße eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gilt?

Steht und stand dort im Jahr 2015 ein Schild „Bankett nicht befahrbar“?

Wie oft müssen solche Straßen überprüft werden?

Zu welchen Zeitpunkten ist die Straße Unterasselborn in den Jahren 2015 und 2016 überprüft worden?

Ich weise anlassgemäß darauf hin, das beide fett gedruckten Fragen meiner Anfrage nicht beantwortet worden sind. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Ich bitte um schriftliche und vollständige Beantwortung zur o.g. Ratssitzung.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Samirae, MdR